Anlage Datenschutzerklärung

Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten
Abteilung Familie und Soziales – Zuschüsse für Jugendpflege treibende Vereine

- gemäß Artikel 13 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) –

Die DSGVO verpflichtet die Mittelstadt St. Ingbert bei der Erhebung personenbezogener Daten über den Umgang mit diesen Daten zu informieren. Die nachfolgenden Informationen enthalten die gemäß Art. 13 DSGVO erforderlichen Angaben.

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

   Die Abteilung Familie und Soziales der Stadt St. Ingbert – z. B. Jugendbüro verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO.
   Folgende Daten werden gespeichert:

   z.B.

   - *Name, Adresse, Anschrift des Ansprechpartners*
   - *Name, Adresse, Anschrift des Vorsitzenden*
   - *Telefon- bzw. Handynummer*
   - *E-Mail-Adresse*
   - *IBAN und BIC des Vereins*
   - *Name des Kontoinhabers*

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

   Verantwortlich für die Datenerhebung ist

   Stadt St. Ingbert – Kinder- und Jugendbüro
   Luisa Hintermeier, Julia Klesen, Jörg Henschke
   Am Markt 12
   66386 St. Ingbert
   jugend@st-ingbert.de und
   06894/13-188 /13-185/ 13-189

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

   Der/Die Beauftragte für den Datenschutz ist erreichbar unter:

   Heike Konschak-Klein
   Am Markt 12
   66386 St. Ingbert
   datenschutz@st-ingbert.de
   Telefonnummer:06894/13741

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

   Wir verarbeiten die vorab genannten personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO und dem Saarländischen Datenschutzgesetz (SDSG) ausschließlich zur Erfüllung des von Ihnen beantragten Zuschusses für Jugendpflege treibende Vereine

   - Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, für die wir eine Einwilligung von Ihnen einholen, dient Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO als Rechtsgrundlage.
   - Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages mit Ihnen erforderlich sind, dient Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO als Rechtsgrundlage, dies auch für vorvertragliche Maßnahmen.
   - Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der die Abteilung Familie und Soziales - Jugendbüro. unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO als Rechtsgrundlage.
   - Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses der Abteilung Familie und Soziales - Jugendbüro oder eines Dritten erforderlich und überwiegen Ihre Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung. Das berechtigte Interesse der Abteilung Familie und Soziales - Jugendbüro etc. liegt in der Durchführung ihrer Aufgaben.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Innerhalb der Abteilung Familie und Soziales - Jugendbüro erhalten nur die Personen und Stellen Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen und vertraglichen Pflichten benötigen.
Wir übermitteln Daten an Dritte, sofern wir diese zur Erfüllung einer vertraglichen Pflicht benötigen.
Eine Übermittlung an Dritte über die im Rahmen von Punkt 4 genannten Zwecke hinaus findet nicht statt.
Darüber hinaus übermitteln wir Daten an Dritte, wenn dazu eine gesetzliche Verpflichtung besteht.
Eine Weitergabe personenbezogener Daten an Drittstaaten außerhalb des EU/EWR-Raumes findet nicht statt.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten sowie für alle unter Punkt 4 genannten Zwecke erforderlich ist oder wie es die vom Gesetzgeber vorgesehenen Aufbewahrungsfristen vorsehen.
Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden sie regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorschriften für eine weitere Verarbeitung gesperrt oder gelöscht.

7. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO bei Vorliegen der dort und im Fachrecht normierten Voraussetzungen insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO).

c) Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO.

d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden (Artikel 18 Absatz 1 DSGVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO)

f) Jederzeitiges Widerrufsrecht mit Wirkung für die Zukunft, wenn die Daten aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung erfolgt ist.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der nachfolgend benannten Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Unabhängiges Datenschutzzentrum Saarland
Fritz-Dobisch-Straße 12
66111 Saarbrücken
Telefon: 0681/947810
Telefax: 0681/9478129
E-Mail: poststelle@datenschutz.saarland.de

9. Gesetzliche oder vertragliche Vorschriften zur Bereitstellung von personenbezogenem Daten sowie mögliche Folgen der Nichtbereitstellung

Wir weisen hiermit daraufhin, dass die Bereitstellung von personenbezogenen Daten in bestimmten Fällen (z.B. Steuervorschriften) gesetzlich vorgeschrieben ist oder sich aus einer vertraglichen Regelung (z.B Angaben zum/des Vertragspartners) ergeben kann. Beispielsweise kann es für einen Vertragsabschluss erforderlich sein, dass die betroffene Person/der Vertragspartner seine personenbezogenen Daten zur Verfügung stellen muss, damit sein Anliegen (z.B. Bestellung) überhaupt von uns bearbeitet werden kann. Eine Verpflichtung zur Bereitstellung von personenbezogenen Daten ergibt sich vor allem bei Vertragsabschlüssen.Sollten in diesem Fall keine personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, kann der Vertrag mit der betroffenen Person nicht abgeschlossen werden. Vor einer Bereitstellung personenbezogener Daten durch den Betroffenen kann sich der Betroffene an unseren Datenschutzbeauftragten oder an den für die Verarbeitung Verantwortlichen wenden. Der Datenschutzbeauftragte oder der für die Verarbeitung Verantwortliche klärt dann den Betroffenen darüber auf, ob die Bereitstellung der benötigten personenbezogenen Daten gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben bzw. für den Vertragsabschluss erforderlich ist und ob sich aus den Anliegen der betroffenen Person eine Verpflichtung ergibt, die personenbezogenen Daten bereitzustellen bzw. welche Folgen eine Nichtbereitstellung der gewünschten Daten für den Betroffenen hat.